

**Antworten der CDU Berlin
auf die Wahlprüfsteine des
Bundesverbands der Familienzentren
zur Abgeordnetenhauswahl 2016**

1) Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht der CDU für die Qualität und Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung?

Antwort:

Die CDU Berlin sieht Bildung als Auftrag, jedem einzelnen Kind zu helfen, seine Persönlichkeit und seine Fähigkeiten zu entwickeln und es damit zu einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung hinzuführen. Die individuellen Fähigkeiten und Talente jedes Kindes müssen dabei von Anfang an gezielt gefördert werden. Unser Ziel ist es, durch ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungssystem eine angemessene Bildung für alle zu ermöglichen. Gerade Berlin mit seiner heterogenen Gesellschaft aus vielen Nationen und Religionen hat eine besondere Verpflichtung, dass Bildung – unabhängig von der sozialen Herkunft – allen gleichermaßen zur Verfügung steht.

In diesem Sinne unterstützen wir die Kooperation von Familienzentren und Kindertageseinrichtungen ausdrücklich. Zu den Potenzialen von Familienzentren in Kindertageseinrichtungen gehört, dass hier aufgrund der Ausweitung und Aufwertung von frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung Eltern mit kleinen Kindern im Sozialraum sehr gut und in der Breite erreicht werden. Da Eltern von Kita-Kindern bereits einen Zugang zur Institution und ein Vertrauensverhältnis zu den Kita-Fachkräften haben, entfallen somit Zugangsbarrieren zu den Angeboten des Familienzentrums. Dies hat sich als förderlich für eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit bzw. die Selbstorganisation von Eltern erwiesen.

2) Wie plant Ihre Partei in der kommenden Legislatur um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern? Was hat die CDU in der vergangenen Legislatur bereits umgesetzt?

Antwort:

Gute Betreuung gibt es nicht umsonst. Daher muss der Schwerpunkt auf dem Qualitätsausbau und nicht auf der Gebührenfreiheit der Berliner Kitas liegen. Wer gut verdient und sich die Kita-Gebühren leisten kann, investiert mit dem Kita-Beitrag in die Qualität der Betreuung aller Kinder und in die bessere Bezahlung der Erzieher. Dies ist auch im Sinne der sozialen Gerechtigkeit in unserer Stadt.

Wir haben erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Berliner Kitas erreicht: Für das Jahr 2016 sind allein für mehr Personal in diesem Bereich 23 Millionen Euro im Berliner Haushalt vorgesehen; für das Jahr 2017 wird das Land Berlin dafür sogar 52 Millionen Euro zusätzlich ausgeben. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Hierzu haben wir als erste Voraussetzung schon in dieser Wahlperiode die gesetzlichen Grundlagen durch die notwendigen Änderungen in den §§ 11 Abs. 2 und 28 KitaFÖG geschaffen. So ist dort vorgesehen, den sogenannten Betreuungsschlüssel in Stufen bis zum 1.8.2019 bei Kindern vor Vollendung des zweiten Lebensjahres auf 3,75 Kinder bei Ganztagsförderung und bei Kindern nach Vollendung des zweiten Lebensjahres und vor Vollendung des dritten Lebensjahres auf 4,75 Kinder bei Ganztagsförderung zu verbessern.

Berlin braucht aber auch mehr Erzieherinnen und Erzieher. Um mehr Menschen dazu zu motivieren, den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers zu ergreifen, wollen wir die Attraktivität des Erzieherberufs erhöhen. Mehr Männer und Frauen sollen sich für diesen wichtigen Beruf entscheiden. Neben monetären Aspekten müssen wir unseren Erzieherinnen und Erziehern aber auch ideell den Rücken stärken. Sie leisten Großartiges für die Familien in unserer Stadt. Eine Image- und Werbekampagne, die den Stellenwert und die Notwendigkeit für unsere Gesellschaft öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck bringt, muss in Auftrag gegeben und umgesetzt werden. Dies würde gleichzeitig auch Jugendliche und junge Erwachsene auf den Erzieherberuf aufmerksam machen.

3) Welche Fachkraft-Kind-Relation (U3 und Ü3-Bereich) strebt die CDU in Berlin an, um die Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich weiter zu verbessern?

Antwort:

Die CDU Berlin weist schon seit langem darauf hin, dass die Qualität der Betreuung maßgeblich von der Anzahl der eingesetzten Erzieherinnen und Erzieher in den Kitagruppen, dem sog. Betreuungsschlüssel, abhängt. Dieser muss weiter verbessert werden!

Wir haben erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Berliner Kitas erreicht: Für das Jahr 2016 sind allein für mehr Personal in diesem Bereich 23 Millionen Euro im Berliner Haushalt vorgesehen; für das Jahr 2017 wird das Land Berlin dafür sogar 52 Millionen Euro zusätzlich ausgeben. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Hierzu haben wir als erste Voraussetzung schon in dieser Wahlperiode die gesetzlichen Grundlagen durch die notwendigen Änderungen in den §§ 11 Abs. 2 und 28 KitaFÖG geschaffen. So ist dort vorgesehen, den sogenannten Betreuungsschlüssel in Stufen bis zum 1.8.2019 bei Kindern vor Vollendung des zweiten Lebensjahres auf 3,75 Kinder bei Ganztagsförderung und bei Kindern nach Vollendung des zweiten Lebensjahres und vor Vollendung des dritten Lebensjahres auf 4,75 Kinder bei Ganztagsförderung zu verbessern. Wir streben die Ausfinanzierung dieser Stufen und eine weitere Verbesserung nach dem 1.8.2019 an.

4) Wie möchte die CDU Familienzentren (nach der oben stehenden Definition) in Berlin in der kommenden Legislatur zusätzlich fördern und Anreize für die Entstehung neuer Familienzentren geben? Was hat die CDU in der vergangenen Legislatur in diesem Zusammenhang bereits umgesetzt?

Antwort:

Bei uns werden die Familienbildung und die Arbeit mit Familien großgeschrieben. Zur Stärkung der Familie in unserer Stadt gehört auch deren Unterstützung in Form von Beratungsangeboten. In Berlin gibt es eine große Vielfalt an Angeboten und Einrichtungen für Familien. Mit dem vom Berliner Senat im Jahr 2012 beschlossenen Landesprogramm „Aufbau der Berliner Familienzentren“ zum flächendeckenden Aufbau zusätzlicher Familienzentren wollen wir dazu beitragen, die bestehende Infrastruktur auszubauen und effektiver zu vernetzen, um Familien mit Kindern besser zu erreichen und zu unterstützen. Seit 2011 haben wir in Berlin 36 neue und zusätzliche Familienzentren mit vielfältigen Bildungs- und Beratungsangeboten in allen 12 Berliner Bezirken geschaffen. Wir streben auch für die kommende Wahlperiode eine Fortsetzung dieses erfolgreichen Landesprogramms zur Finanzierung weiterer zusätzlicher Familienzentren an.

5) Der Bundesverband für Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence Ansatz und das Sure Start Programm aus England geeignet, um Inklusion in Berlin gelingend umzusetzen. Wie möchte die CDU in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion im frühkindlichen Bereich in Berlin – auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung von Menschen mit Fluchterfahrung – weiter vorantreiben?

Antwort:

Wir freuen uns, dass seit 2004 der Early Excellence Ansatz (nachdem er auf deutsche Verhältnisse übertragen worden ist) auf alle Einrichtungen des Pestalozzi-Fröbel-Hauses in Berlin übertragen worden ist. Auch durch die hohe Zahl an Ausbildungsplätzen hat das Pestalozzi-Fröbel-Haus eine große Wirkung bis in die Berliner Kindergärten hinein.

Im Rahmen des Sure Start Programms wurden und werden in Großbritannien integrierte Einrichtungen geschaffen, die Kinderbetreuung, Gesundheitsvorsorge, Familienarbeit und arbeitsmarktbezogene

Angebote verbinden. Eine solche Strukturänderung der kommunalen Angebote halten wir zurzeit – da wir in Berlin kurze Wege haben – nicht für vordringlich. Im Bereich der Gesundheitsvorsorge präferieren wir auch, dass möglichst alle Erstgeborenen und ihre Eltern vom Kinder- und Jugendgesundheitsdienst zuhause besucht und über die Beratungsangebote in Berlin aus erster Hand informiert werden. Dies ist zurzeit noch nicht in allen Bezirken der Fall.

II. Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

1) Möchte die CDU Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?

a) Wenn ja, welche personellen oder finanziellen Ressourcen wird die CDU auf Landesebene hierfür zur Verfügung stellen?

b) Wenn nein, wie möchte die CDU die Familienfreundlichkeit in Berlin fördern?

Antwort:

Das Landesprogramm „Aufbau der Berliner Familienzentren“ möchten wir auch in der kommenden Wahlperiode fortsetzen. Darüber hinaus wollen wir die Familienfreundlichkeit in Berlin wie folgt fördern, denn ein Leben mit Kindern bringt besondere Herausforderungen mit sich. Daher brauchen Familien an vielen Stellen bessere Unterstützung. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen beschlossen, um die Familien in unserer Stadt zu stärken: Um Familien zu entlasten und kurze Schulwege zu ermöglichen, haben wir beispielsweise beim Übergang zur Oberschule den Vorrang von Geschwister- und Bezirkskindern eingeführt. Geschwisterkinder können so auf die gleiche Schule gehen und Schüler, die im Bezirk der betreffenden Schule wohnen, werden bei der Vergabe der bezirklichen Schulplätze der jeweiligen „Zweit- und Drittwunschschule“ bevorzugt. Um den Berliner Familien weiterhin ein umfangreiches Kulturangebot vergünstigt anbieten zu können, haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Berliner Familienpass weiter angeboten wird. Erst durch dieses Angebot erhalten viele Familien die Möglichkeit, Kulturveranstaltungen zu besuchen und so ihren Kindern ein interessantes und bildendes Freizeitangebot zu bieten. Diese außerschulische kulturelle Bildung ist wichtig für die Entwicklung der Kinder und fördert den familiären Zusammenhalt.

Wir wollen diesen Weg konsequent fortsetzen und die Familien in unserer Stadt weiter stärken.

Familienüberholspuren bei Ämtern können Väter und Mütter zeitlich entlasten und drücken zugleich die Wertschätzung für Kinder aus. Über Familienbaudarlehen wollen wir Familien mit Kindern dabei helfen, sich den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen. Kinder- und Familienfreundlichkeit müssen in unserer Stadt in allen Lebensbereichen stärker gelebt werden. Wir wollen einen Ideenwettbewerb mit dem Ziel aufbauen, viele innovative Vorschläge und Maßnahmen zu erhalten, die konkret zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Familien beitragen können. Außerdem sprechen wir uns dafür aus, dass alle staatlichen oder öffentlich geförderten Einrichtungen in Berlin mehr Vergünstigungen für Familien anbieten. Um speziell kinderreiche Familien zu unterstützen, die oft vor besonderen Herausforderungen stehen, soll bei den Familieneintrittskarten die Zahl der Kinder einer Familie nicht begrenzt werden.

Unserer Ansicht nach müssen Kinder- und Familienfreundlichkeit noch stärker im allgemeinen Bewusstsein verankert werden. Hierzu können wir uns zum Beispiel auch die Einführung eines „Kinder-Siegels“ vorstellen, mit dem die Kinder- und Familienfreundlichkeit privater Anbieter, beispielsweise in der Gastronomie und im Freizeitbereich, kenntlich gemacht werden kann. Verbraucher sollen so die Möglichkeit erhalten, bei ihren Konsumententscheidungen ganz bewusst familienfreundlichen Einrichtungen den Vorzug zu geben.

2) Bedarfsgerechte Vernetzung mit dem Sozialraum und ein an die Bedürfnisse der Eltern angepasstes Angebot bedürfen einer Koordination. Die Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Familienzentren mit Schulen und Einrichtungen der Familienbildung und –beratung, die auch nach §10 Abs. 5 Kindertagesförderungsgesetz (KitaFöG) vorgesehen ist, braucht zusätzliche Strukturen. Wird die CDU bei einer Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigen?

Antwort:

Wir wollen, dass mehr Investitionen in die Familienbildung fließen und weitere Kitas mit Familienzentren verbunden werden, um damit den Zugang zu Familien zu erleichtern, die schwer erreichbar sind. Durch eine Verstärkung der Ersthautbesuche bzw. der aufsuchenden Elternarbeit sollen jungen Eltern und Familien frühe professionelle Hilfen angeboten werden, um eine eventuelle Gefahr des Hineingleitens in die Aussichtslosigkeit rechtzeitig entgegen zu wirken. Das öffentliche Berliner Online-Familieninformationsportal soll um eine berlinweite Familien-App für mobile Endgeräte ergänzt werden, damit Familien schnell, unabhängig und unbürokratisch Informationen erhalten können.

Wir haben uns an den Berliner Schulen in dieser Wahlperiode für Verwaltungsleiter stark gemacht. Davon profitieren jetzt die ersten Schulen und haben damit mehr Ressourcen auch für die Koordination. Wir werden uns dafür einsetzen, dass noch mehr Verwaltungsleiter eingestellt werden. An den Kitas haben wir auf eine Absenkung des sogenannten Leitungsschlüssels in Stufen auf 1:100 gedrungen und dies durchgesetzt. Damit gibt es auch an den Kitas nun mehr Ressourcen auch für die Koordination. Für die Ausfinanzierung der Absenkung des Leitungsschlüssels in den kommenden Haushalten und für eine weitere Absenkung werden wir uns stark machen.

3) Sieht die CDU darüber hinaus die Notwendigkeit einer Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes (KitaFöG) in der kommenden Legislatur?

a) Wenn ja, in welcher Hinsicht?

b) Planen Sie in der 18. Wahlperiode eine Reduzierung der Fachkraft-Kind-Relation im U3-Bereich?

c) Plant die CDU bei einer Regierungsbeteiligung eine Ergänzung des §14 KitaFöG (Elternbeteiligung), um eine Teilhabe von Eltern ohne Deutschkenntnisse bei der Konzeption der Kindertageseinrichtung zu ermöglichen und ihnen die Information über die Angebote der Einrichtung zur Verfügung zu stellen?

Antwort auf Frage 3a) und 3b):

Die CDU Berlin weist schon seit langem darauf hin, dass die Qualität der Betreuung maßgeblich von der Anzahl der eingesetzten Erzieherinnen und Erzieher in den Kitagruppen, dem sogenannten Betreuungsschlüssel, abhängt. Dieser muss weiter verbessert werden. Wir haben erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Berliner Kitas erreicht: Für das Jahr 2016 sind allein für mehr Personal in diesem Bereich 23 Millionen Euro im Berliner Haushalt vorgesehen; für das Jahr 2017 wird das Land Berlin dafür sogar 52 Millionen Euro zusätzlich ausgeben. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Und wir haben in der Koalition durchgesetzt, dass der sogenannte Leitungsschlüssel in zwei Stufen abgesenkt wird. Dies wurde mit der Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes im April 2016 umgesetzt. Hierzu haben wir als erste Voraussetzung schon in dieser Wahlperiode die gesetzlichen Grundlagen durch die notwendigen Änderungen in den §§ 11 Abs. 2 und 28 KitaFöG geschaffen. So ist dort vorgesehen, den sogenannten Betreuungsschlüssel in Stufen bis zum 1.8.2019 bei Kindern vor Vollendung des zweiten Lebensjahres auf 3,75 Kinder bei Ganztagsförderung und bei Kindern nach Vollendung des zweiten Lebensjahres und vor Vollendung des

dritten Lebensjahres auf 4,75 Kinder bei Ganztagsförderung zu verbessern. Wir streben die Ausfinanzierung dieser Stufen und eine weitere Verbesserung nach dem 1.8.2019 an.

Antwort auf Frage 3c):

Eine diesbezügliche Gesetzesänderung halten wir zurzeit – da Eltern ohne Deutschkenntnisse in der Berliner Praxis ebenso Angebote zur Mitarbeit wie Eltern mit Deutschkenntnissen bekommen – nicht für vordringlich.

III. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

1) Wie möchte die CDU die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Berlin weiter verbessern?

2) Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht der CDU maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislatur gezielt zu verbessern?

- a) Bedarfsgerechte Angebote in oder im Umfeld der Kindertageseinrichtung (One-Stop-Shop-Prinzip)
- b) Partizipation der Eltern – Eltern als Experten für ihre Kinder ernst nehmen (§14 KitaFöG)
- c) Zusätzliche Faktoren, die aus Sicht der CDU maßgeblich sind.

Antwort auf Frage 1 und 2:

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir sind davon überzeugt, dass Eltern am besten entscheiden können, wie sie ihre familiäre Lebenssituation, ihre Berufstätigkeit und den Alltag ihrer Familie gestalten. Deswegen finden alle Mütter und Väter unsere Anerkennung und Unterstützung. Ziel unserer Politik ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie ihre Vorstellungen auch umsetzen können. Im Zentrum aller Bemühungen muss dabei das Wohl des Kindes stehen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns ein wichtiges Anliegen. Um Familie und Beruf vereinbaren zu können, benötigen Eltern ausgezeichnete Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Gerade die vielen alleinerziehenden Mütter und Väter in unserer Stadt profitieren davon. Seit 2011 ist es uns gelungen, mehr als 20.000 neue Kitaplätze zu schaffen. Aufgrund der wachsenden Anzahl an Kindern in Berlin und der wachsenden Inanspruchnahme von Kindergartenplätzen durch junge Familien muss der Ausbau der Kitaplätze weiterhin Priorität haben, damit Berlin über eine ausreichende Anzahl an Kindergartenplätzen verfügt.

Die CDU Berlin weist schon seit langem darauf hin, dass die Qualität der Betreuung maßgeblich von der Anzahl der eingesetzten Erzieherinnen und Erzieher in den Kitagruppen, dem sogenannten Betreuungsschlüssel, abhängt. Dieser muss weiter verbessert werden!

Wir haben erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels nach dem Motto „Mehr Personal für die Kleinsten!“ in den Berliner Kitas erreicht: Für das Jahr 2016 sind allein für mehr Personal in diesem Bereich 23 Millionen Euro im Berliner Haushalt vorgesehen; für das Jahr 2017 wird das Land Berlin dafür sogar 52 Millionen Euro zusätzlich ausgeben. Dieser Weg muss im Sinne einer familien- und kinderfreundlichen Stadt konsequent weiter beschritten werden!

Wir wollen die Kita-Betreuungsmöglichkeiten weiter verbessern. In Berlin gibt es viele alleinerziehende Mütter und Väter und immer mehr Menschen arbeiten auch in den Abendstunden oder sogar nachts. Daher brauchen wir deutlich flexiblere Betreuungsangebote. In Ergänzung zum Kita-Angebot wollen wir im Sinne der Wahlfreiheit auch neue Betreuungsmöglichkeiten schaffen. So wollen wir das Modell der „Tagesgroßmütter“ als eine familiennahe Form der Beaufsichtigung stärken, die Einführung von 24-Stunden-Kitas prüfen und die Kindertagespflege in Berlin bedarfsgerecht unterstützen.

Gute Kinderbetreuung steht auch in einer Großstadt wie Berlin immer auf mehreren Standbeinen. Neben dem Elternhaus und den Kitas wollen wir auch die Betriebe stärker in den Blick nehmen. Unternehmen benötigen Anreize, eigene Kinderbetreuungsplätze zu schaffen, denn so können die Betreuungszeiten der Kinder und die Arbeitszeiten der Eltern perfekt aufeinander abgestimmt werden - davon profitieren nicht nur die Familien, sondern auch die Arbeitgeber.

Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, steuerliche Anreize für die Einrichtung von Betriebskitas in Berlin zu schaffen. Wir wollen aber auch die Arbeitgeber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Bei Nutzung längerer Kita-Öffnungszeiten, die mit höheren Betreuungskosten für die Eltern verbunden sein können, sollte geprüft werden, inwiefern sich die Arbeitgeber an diesen Kosten beteiligen.

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Berlin werden mit 75 Prozent aller pflegebedürftigen Menschen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittliche viele Menschen in ihren Familien und/oder in ihren eigenen Wohnungen gepflegt. Die Pflege erfolgt bei der Hälfte aller Fälle allein durch Familienangehörige, fast ein Viertel der Pflegebedürftigen wird zumindest zu einem Teil von Angehörigen gepflegt.

Den Mitgliedern der eigenen Familie kommt daher eine besondere Verantwortung und Bedeutung bei der Pflege und Betreuung ihrer Angehörigen zu. Ihr oft aufopferungsvoller Einsatz verdient Anerkennung und Wertschätzung

Zur Entlastung und Unterstützung pflegender Angehöriger haben wir in Berlin eine Vielfalt an Angeboten geschaffen. Die Pflegestützpunkte als wichtige wohnortnahe Anlaufstellen für ältere Menschen, Pflegebedürftige und Angehörige wollen wir auf 36 erhöhen. Dafür wurden im Haushalt 2016/17 pro Jahr 300.000 Euro zusätzlich eingestellt. Wir haben einen speziellen „Maßnahmenplan pflegende Angehörige“ entwickelt, der die Vernetzung der Akteure erleichtern soll. Er stellt eine Arbeitsgrundlage dar, um die Zusammenarbeit mit den jeweils beteiligten Akteuren voranzutreiben.

Mit dem Ersten Pflegestärkungsgesetz der Bundesregierung wurden die Leistungen für die Pflege zu Hause deutlich verbessert, indem pflegende Angehörige entlastet werden. Pflegende Angehörige haben das Recht auf eine Auszeit von bis zu zehn Arbeitstagen und eine Freistellung von bis zu sechs Monaten, sowie - wenn sie keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung haben - einen Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld.

Damit es weiterhin möglich bleibt, Pflegebedürftige in der Familie zu versorgen, wollen wir die Vereinbarkeit der Pflege mit dem Beruf und der Familie verbessern. Der Ausbau ambulanter Einrichtungen kann dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Gleichzeitig setzen wir auf lokale Initiativen. Projekte im Bereich der Nachbarschaftshilfe sollen unterstützt werden. Angebote zur Kurzzeitpflege sollen weiter gefördert und die Unterstützung in der Familie von ehrenamtlich Pflegenden mit Pflegebegleitern gestärkt werden.

IV. Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen

1) Welche Rolle haben aus Sicht der CDU Kindertageseinrichtungen und vor allem Familienzentren bei der Integration von neuzugewanderten Familien in Berlin?

Antwort:

Die einwandfreie Beherrschung der deutschen Sprache ist das wichtigste Mittel für ein selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben und Grundlage für den Bildungserfolg unserer Kinder. Für eine effektive Förderung der Sprachkompetenzen der Berliner Kinder braucht es speziell für die Sprachvermittlung geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ausreichender Anzahl, die direkt mit den Kindern arbeiten, sowie geeignete organisatorische Strukturen und abgesicherte Konzepte zur Bewertung des Lernfortschritts.

Kindertageseinrichtungen sind immer auch Bildungseinrichtungen und damit auch „Kulturvermittler“. Im täglichen Zusammenleben vieler Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Nationalität ist es wichtig, dass den Kindern bereits so früh wie möglich die in unserer Stadt und in unserem Land gelebten Werte und Umgangsformen vermittelt und erlernt werden.

2) Welche Chancen ergeben sich aus Sicht der CDU aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich?

Antwort:

Wir setzen uns ein für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Unser Ziel ist die bestmögliche Entfaltung der Fähigkeiten jedes Einzelnen um ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Dies schließt eine gelingende Inklusion in Kita, Schule und in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt genauso ein wie in das gesellschaftliche Leben.

Für uns gilt: So viel Inklusion wie möglich, so viel individuelle Förderung wie nötig und ein tatsächliches Elternwahlrecht. Deshalb wollen wir Förderzentren erhalten und weiterentwickeln. Die Feststellungsdiagnostik vor dem Einschulungstermin soll unbedingt beibehalten werden und Feststellungsverfahren nicht nur vom Antrag der Eltern abhängen, damit individuelle Förderung wirklich möglich wird. Wir werden den Förderzentren Unterstützung und Sicherheit geben, die sie für ihre weitere Entwicklung benötigen.

3) Welche Chancen sieht die CDU in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um die Integration von Familien mit Fluchterfahrungen zu fördern?

Antwort:

Die CDU Berlin betont bereits seit langem, dass Berlin eine flächendeckende familienaufsuchende Sozialarbeit sowie mehr und kontinuierliche Angebote durch Beratungs- und Lotsendienste für Familien braucht. Die Lotsendienste sollen bei Problemen helfen, für die fachspezifische Hilfen notwendig sind, und über geeignete Beratungs- und Unterstützungsangebote informieren. Sie können helfen Hürden zur Inanspruchnahme von Hilfen abzubauen, vereinbaren Termine, begleiten und unterstützen Familien.

4) Möchte die CDU interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen bei pädagogischen Fachkräften an Kindertageseinrichtungen und in der Familienbildung fördern?

- a) Plant die CDU bei einer Regierungsbeteiligung diesbezüglich eine finanzielle und/oder fachliche Unterstützung für Fachkräfte?**

Antwort:

Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass sich Menschen mit verschiedenen Hintergründen für den Erzieherberuf entscheiden. Hilfreich für die Ausbildung unterschiedlichster Kompetenzen ist es auch, dass an freien Schulen die Ausbildung zum Erzieher gemacht werden kann. Dies soll auch in der kommenden Wahlperiode weiterhin möglich sein.

5) Ab wann gilt aus Sicht der CDU ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (Ü3) für Kinder, die geflüchtet sind? Und ab wann sollte er gelten, um die Bildungschancen der Kinder mit Fluchterfahrung zu fördern?

Antwort:

Auch Kinder aus Familien mit Fluchterfahrung haben einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte. Wir begrüßen es, wenn Eltern dieser Kinder die Möglichkeit nutzen, ihr Kind in einer Kita betreuen zu lassen. Hier können Kinder unterschiedlicher Herkunft ganz spielerisch die deutsche Sprache lernen, die für einen späteren Bildungserfolg und eine gelungene Integration unerlässlich ist.

Aufgrund der wachsenden Anzahl an Kindern in Berlin und der wachsenden Inanspruchnahme von Kindergartenplätzen muss der Ausbau der Kita-Plätze weiterhin Priorität haben, damit unsere Stadt über eine ausreichende Anzahl an Kindertagesplätzen verfügt.

6) Wie plant die CDU in der kommenden Legislatur eine Integration von Familien mit Fluchterfahrung vor Ort zu fördern?

Antwort:

Auch für erfolgreiche Integration sind Familienbildung und -förderung eine wichtige Hilfe. Der Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit liegt in einer individuellen Lernförderung sowie in einer verstärkten Elternarbeit. Dabei wollen wir Eltern noch stärker begleiten und unterstützen.

V Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen

1) Welche Maßnahmen plant die CDU zur Entsäulung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen?

Antwort:

Wichtig für eine gelingende Kinder- und Jugendhilfe ist, dass säulenbezogenes Zuständigkeitsdenken in den Verwaltungen und bei den Fachkräften überwunden wird. Hierzu möchten wir gerne beitragen. Ob dafür aber Gesetzesänderungen notwendig sein werden, bedarf aus unserer Sicht einer tiefergehenden Prüfung.

2) Die Unterstützung durch das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes erreicht aus Sicht des BVdFZ nicht die Familien, die sie benötigen. Welche Angebote und Maßnahmen plant die CDU, um Multiproblemfamilien in Berlin zu erreichen und sie zu unterstützen?

Antwort:

Die ersten beiden Lebensjahre eines Kindes sind prägend für dessen gesamtes Leben. In dieser Zeit entwickeln sich die zentralen Grundmuster für soziale Beziehungen. Wer im Säuglingsalter Zuwendung und Sicherheit erfährt, kann sich später sehr viel besser den Herausforderungen des

Lebens stellen, leichter Krisen bewältigen und auch selbst Vertrauen zu anderen Menschen entwickeln. Dies macht deutlich, wie wichtig eine rechtzeitige, frühe familiäre Präventionsarbeit – am besten schon in der Schwangerschaft – ist. Eine frühe Unterstützung der jungen und werdenden Familien bewahrt in den allermeisten Fällen die Kinder vor späteren negativen Entwicklungen.

In Berlin wurden auf der Grundlage bezirklicher Initiativen und mit Hilfe der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen viele gute Ansätze geschaffen, um Familien so früh wie möglich in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Ein flächendeckendes Hebammenprogramm soll dafür sorgen, dass Mütter bereits vor der Geburt sowie nach der Geburt ihres Kindes, im Bedarfsfall auch über die bisherigen Einsatzmöglichkeiten von bisher bis zu acht Wochen hinaus, intensiv unterstützt und begleitet werden können.

Insbesondere Lotsensysteme spielen in Sachen Kinderschutz eine wichtige Rolle. Oftmals setzen sie aber entweder zu spät an, oder nur dann, wenn die Familien selbst aktiv werden. Eine systematische und evaluierte Form der Unterstützung bieten hingegen die sogenannten Babylotsen, die bereits seit 2012 an der Charité erfolgreich im Einsatz sind. Um eine frühestmögliche Unterstützung von Familien, die von gesundheitlichen oder sozialen Risikofaktoren betroffen sind, zu ermöglichen, wollen wir die Babylotsen nach dem Hamburger Modell an allen Geburtskliniken in Berlin einführen. Dazu sollen in erster Linie die zur Verfügung stehenden Mittel des Präventionsgesetzes zum Einsatz kommen. Ergänzend können Mittel der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen verwendet werden. Die Umsetzung soll in enger Abstimmung mit Bezirken und Krankenkassen erfolgen. Um die Kooperation von Freien Trägern und Geburtskliniken zu verbessern, ist außerdem das Landeskrankenhausgesetz nach dem Vorbild des § 6c des Hamburgischen Krankenhausgesetzes zu überarbeiten.

Darüber hinaus braucht Berlin eine flächendeckende familienaufsuchende Sozialarbeit vor allem in den Brennpunktvierteln sowie mehr und kontinuierliche Angebote durch Beratungs- und Lotsendienste für Familien.

Ebenso müssen noch mehr Investitionen in die Familienbildung fließen und weitere Kitas mit Familienzentren verbunden werden, um damit den Zugang zu Familien zu erleichtern, die schwer erreichbar sind. Durch eine Verstärkung der Ersthausbesuche bzw. der aufsuchenden Elternarbeit sollen jungen Eltern und Familien frühe professionelle Hilfen angeboten werden, um eine eventuelle Gefahr des Hineingleitens in die Aussichtslosigkeit rechtzeitig entgegen zu wirken. Das öffentliche Berliner Online-Familieninformationsportal soll um eine berlinweite Familien-App für mobile Endgeräte ergänzt werden, damit Familien schnell, unabhängig und unbürokratisch Informationen erhalten können.